

# Stadt Braunschweig

## Stellungnahme der Verwaltung

Stellungnahme der Verwaltung		<i>Fachbereich/Referat</i>	<i>Nummer</i>
		Fachbereich 50	7827/10
zur Anfrage Nr. 1171/10 d. Frau/Herrn/Fraktion DIE LINKE.	Datum 3. Mai 2010	Dezernenten Dez. V	
	Genehmigung		
Überschrift Mogelticket wie erwartet ohne Resonanz	Verteiler Rat		
Sitzungstermin 11. Mai 2010			

Die Anfrage der Fraktion Die Linke vom 28. April 2010 wird wie folgt beantwortet:

### 1. Wie bewertet die Verwaltung die Nachfrage des „Plus-Angebotes“?

Die Erweiterungen, die im Rahmen des „Plus-Angebotes“ vorgenommen wurden, werden unterschiedlich stark genutzt. Das angebotene Schülerticket, welches Schülern, die keinen Anspruch mehr auf eine freie Schülerbeförderung haben, eine Nutzung vor 9:00 Uhr ermöglicht, wird mit 1.293 Tickets im Jahr 2009 gut angenommen.

Die Gesamtzahlen des Jahres 2009 mit 51.582 ausgestellten Mobiltickets belegen eindeutig die gute Akzeptanz des Mobiltickets und geben Aufschluss darüber welchen Stellenwert der Faktor „Mobilität“ einnimmt. Die gewonnene Mobilität trägt dazu bei, dass auch eine Teilnahme an den übrigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ermöglicht wird und ist deshalb aus Sicht der Verwaltung höher zu bewerten, als die Teilnahme an nur einem Teilbereich wie z. B. der Schwimmbadnutzung.

### 2. Welche Maßnahmen werden vorgeschlagen, um eine umfassende Teilnahme von sozial schwächeren Personen am gesellschaftlichen Leben in der Stadt zu ermöglichen?

Die im Zusammenhang mit der Erweiterung des Mobiltickets zum Mobilticket Plus durchgeführten Umfragen haben gezeigt, dass zahlreiche Einrichtungen und Vereine in Braunschweig bereits umfangreiche Ermäßigungen für sozial schwächere Personen gewähren und dem betroffenen Personenkreis dadurch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Weitergehende Maßnahmen sind vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage derzeit nicht beabsichtigt.

**3. Kann die Wiedereinführung des Braunschweig-Passes ein geeignetes Instrument sein?**

Die gewonnenen Vergünstigungen, die durch die Wiedereinführung des Braunschweig-Passes auch unter Berücksichtigung des bereits bestehenden Angebots entstehen würden, stehen in einem Missverhältnis zu dem hohen Mehraufwand, der für die Wiedereinführung des Braunschweig-Passes notwendig wäre.

I.V.

gez.

Markurth